

Der begriffliche Verkehr, rasch mit Griechenland fertig zu werden. Daraus ist aber nicht zu rechnen, wenn die Vorkämpfer auf dem angedeuteten Wege zuerst einigermassen Standpunkt verharren, an die Spitze erst dann mit Beschäftigung heranzutreten, wenn sie sich vergewissert haben, daß Griechenland die reduzierten Bedingungen auch wirklich annehmen zu entschlossen sei. Bis dies geschieht, können sie lange warten. Das weiß man in Konstantinopel sehr genau und deshalb drängt man zu eiligen direkten Verhandlungen. Bedenken kann man dies der Seite um so weniger, als die Mächte erst so weit sind, sich über die grundsätzliche Forderung einer Entschädigung, eine strategische Grenzregulierung und den Abschluß eines Handelsvertrages zu einigen, ohne über die näheren Modalitäten ins Kleine gekommen zu sein. Wie die Dinge in Athen gehen werden, läßt sich mit Bestimmtheit noch nicht voraussagen. Es scheint dort nach französischem Muster auf dem Sturz der Dynastie, die Proklamierung der Republik und einem Volkstriebe bis zur Selbstverwirklichung abgesehen zu sein. Allein man wird doch noch thun, den betreffenden Nachrichten nicht unbedingten Glauben beizumessen. Sie kommen von philhellenischer Seite und machen den Eindruck, als ob sie in die Welt gesetzt seien, um die Mächte zu einem Einverständnis für die drohende Königsfamilie zu drängen. Und scheint es auch fraglich, ob der griechische Bürger und Bauer wirklich so vor Begierde verrennt, den letzten Blutstropfen für eine ausschließliche Sache, für ein Phantom zu opfern. Inwiefern muß man mit den Nachrichten der von Hand aus revolutionären Ethnika-Historia rechnen, die auch vor dem Kaiserthum nicht zurückschrecken und ihre Möglichkeiten thun, die Waffen zu sammeln. Daß die Lage noch sehr weit von einer Lösung entfernt ist, daß man sich vielmehr auf schlimme Zwischenfälle gefaßt machen muß, zeigt auch die Faltung der kleinen Balkanstaaten, die wir gestern schon berührten. Sie verlegen sich auf das Abwarten und sie können's. Eine offizielle Rundschreibung aus Sofia betont gegenüber den westlichen auswärtigen Blättern, daß die gegenwärtige Stimmung Bulgariens keine besonders friedliche sei, in Bulgarien erwarnte man ungeduldig das Ende des türkisch-griechischen Krieges, um die makedonischen Reformen kennen zu lernen. Aber wenn man in Sofia auf die Meinung des Reichstages beruhigen wollte, so hätte sich dafür wohl eine andere geeignendere Form, als die gewählte haben lassen, welche eine makedonische Frage aufwirft, in der Europa alle Hände voll zu thun hat, um mit den griechisch-türkischen Schwierigkeiten aufzuräumen. Es ist nur gut, daß Herr Panolauz schon erst mit aller Bestimmtheit erklärt hat, die Balkanstaaten hätten sich auf die Reichsregierung des Großreiches zu stellen, sonst könnte man sich vermuthen, Bulgarien stehe im Begriff, über Kurzes aus seiner bisherigen Rolle zu fallen.

**Deutsches Reich.**

L. Vespala, 25. Mai. Der für heute angezeigte Landesvertragsproceß gegen den Ochsenschmied Johann und den früheren Hülfsschlichter Albrecht findet unter vollständiger Ausschließung der Öffentlichkeit vor den vereinigten 2. und 3. Strafsenaten des Reichsgerichts statt. Geladen sind elf Zeugen und zwei militärische Sachverständige. Die Anklage wird vertreten durch den Oberreichsanwalt Dr. Hann.

Berlin, 24. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklart die Meldung der „Berliner Börsenzeitung“, Herr Dr. v. Riquel legte Gesandtschaftsberichte nach „absolut falschen“, und die „Voss.“ geht noch einen Schritt weiter, indem sie die Nachricht als tendenziöse Ausbreitung kennzeichnet. Beide Blätter haben es in der Gewohnheit, Alles, was ihnen nicht zuerst zugetragen worden ist, zu „dementieren“. Wir halten daran fest, daß die Mitteilung über die Habsburgerbetätigung des preussischen Finanzministers begründet ist. Daß die letztere nicht notwendig als eine dauernde angesehen werden muß und daß sie durch einen ausgedehnten Urlaub hinderechnung getragen werden kann, haben wir schon gestern als möglich bezeichnet.

Berlin, 24. Mai. Die jetzt im Entwurf fertiggestellten und an die Einzelregierungen vermittelten Abänderungen der Civilproceßordnung betreffen, soweit sie sich auf dem Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Handelsgesetzbuch und dem Prozeßordnungsrecht beziehen, vornehmlich die Bestimmungen der Civilproceßordnung über das Urtheil, den Erecution- und Exekutionproceß, die Zwangsversteigerung, den Arrest und das Aufgebotsverfahren. Die Ergänzung der Bestimmungen für das Entmündigungsverfahren soll einer größeren Sicherstellung der angeklagten Geschädigten dienen. Im Interesse des Schuldners ist eine Einschränkung der pfändbaren Sachen vorgesehen. Auf Grund von Unzulänglichkeiten, welche sich in der Praxis herausgestellt haben, werden einige, übrigens nicht sehr bedeutende, Veränderungen in einzelnen Bestimmungen beantragt. Von Interesse ist insbesondere eine Neuregelung der Stellung der Rechtsconsulenten, wodurch die Unzulänglichkeiten ihrer Behandlung bei den verschiedenen Gerichten beseitigt werden soll. Nicht unwichtig ist die beabsichtigte Einführung eines ersten Termins ohne

Streitverhandlung im Verfahren vor den Landgerichten zur Entscheidung einzelner Sachen, bei denen es einer Verhandlung nicht bedarf. Davon wird eine Entlastung der Landräthe und Gerichte und eine Beschleunigung des Proceßgangs erhofft. Die Zustellung von Akten wegen soll neben der auf Betreiben der Parteien im amtlichen Proceß zugelassen werden und nach Analogie des Verfahrens vor den Gewerbegerichten. Es wird damit eine Vereinfachung, Beschleunigung und Verbilligung des Verfahrens bezweckt.

Das Reichsverwaltungsamt bereitet für das laufende Jahr zum ersten Male eine umfassende Statistik der entschädigungspflichtigen Unfälle vor. Es ist zu diesem Zweck ein Formular ausgearbeitet worden, das in den nächsten Tagen bereits den Vorständen der Berufsvereinigungen zugehen wird. Es soll für jede verurtheilte oder geldbürtige Person eine besondere Karte ausgestellt werden. Daraus ist anzugeben die Zeit des Unfalls, dessen Ursache, Veranlassung, Art und Umfang des Unfalls, die Maschine, der Vorgang oder die Arbeitsvorrichtung, bei der sich der Unfall zugetragen, und der Betrieb, in dem er erfolgte. Ferner sind dann noch die Namen der entschädigungsberechtigten Hinterbliebenen eines in Folge eines Unfalls Getödteten anzugeben.

Der Jahresbericht des Berliner Metallarbeiterverbandes, der schon erschienen ist, verzeichnet eine Einnahme von 50 809 M. und eine Ausgabe von 53 641 M. Die Thatfache, daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, wird durch die vielen Lohnkämpfe im Gewerbe begründet, welche in 24 Fällen zu Arbeitsunterbrechungen führten. Der Verein zählt 9035 zahlende Mitglieder.

Eine jährlich berufende Protestversammlung der Berliner Droguisten gegen die Verordnung der Polizei vom 10. Mai d. J. über den Verkehr mit Drogen ist am Sonntag stattf. In scharfer Form sprach sich die einzelne Redner gegen die fortwährenden polizeilichen Eingriffe in die gewerblichen Freiheiten aus, auch wurde bedauert, daß der Magistrat, ohne die Theilhaber zu hören, der Verordnung beigestimmt hat. In einer Stadtverordnetenversammlung soll man den Gegenstand zur Sprache bringen. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die Verordnung protestirt wird.

Die sozialdemokratischen Frauen wollen in der nächsten Zeit in allen deutschen Städten Versammlungen mit der Tagesordnung: „Die Bedingungen des proletarischen Frauen betreffend des Berufs- und des Verfallensrechts“ einberufen. Eine einheitliche Erklärung soll überall zur Abstimmung kommen.

Gemeinsame Versammlungen der Bäckermeister und -Gezellen sollen in den nächsten Tagen ihren Anfang nehmen; die Meister wollen auch die Meinung der Gezellen über einschlägige technische, wirtschaftliche und sachliche Fragen hören. Den Anfang mit solchen gemeinsamen Versammlungen macht der Bäckermeister-Vereinsverein Ostpreußen und Pommern.

Der Bevollmächtigte zum Bundesrat, württembergische Kriegsminister Freiherr Schott von Sothenstein ist hier angekommen.

Der inische Staatsminister v. Köller ist gestern am Gemin, der Oberprokurator von Pommern Staatsminister v. Puttkamer und Stettin hier angekommen.

Der Generalmajor D. Dr. Basse ist aus der Erhebung Stellen-Klasse, der Militär-Direktor im Ministerium für Handel und Gewerbe von Wendt aus Wien hier wieder eingetroffen.

Der deutsche Gesandte in Kopenhagen v. Kibitzler-Wächter ist heute früh aus Kopenhagen in Schlesien hier angekommen.

Der deutsche Gesandte in Paris Graf v. Künzler hat einen lauten Aufbruch gemacht. Während der Abschiedsbesuche besuchte der erste Sekretär der Gesandtschaft Herr Köller als Gefolgsherr.

Der deutsche Gesandte in St. Petersburg Graf v. Kollin ist von dem ihm bewilligten Urlaube auf seinen Posten zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernommen.

Der japanische Gesandte in Amsterdam Edw. Matsuzaki ist aus dem Haag, der japanische Gesandte am Petersburger Hof Baron Goroaki aus Tokio hier eingetroffen.

Der neue österr. Gesandte in Petersburg Wang-Fa trat mit seiner Familie und großem Gefolge gestern hier ein. Am Bahnhof Friedrichstraße wurde ihm die bisherige österr. Gesandtschaft empfangen, an der Spitze der Gesandte des k. k. Hofes. Die Familie des Gesandten fuhr nach Kurland, während die Begleitung weiter, während die beiden Gesandten sich im Hotel-Ortel begabten.

Hamburg, 24. Mai. In der kürzlich von sozialdemokratischer Seite angeregten Frage der Theilnahme der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen erklart das „Hamb. Echo“: Die Frage der Theilnahme unserer Partei an den preussischen Landtagswahlen haben wir vor Jahren schon unter dem Gesichtspunkte betrachtet, daß es notwendig werden könnte, aus politischen Gründen die theilweise abweichende Stellung aufzugeben. Diese Abweichung ist jedoch in Kurland durch die neuen Verhältnisse der preussischen Nation jetzt als notwendig geworden. Wir werden in der Partei immer mehr Einsicht lauten, welche sich dementsprechend äußert. Das „Echo“ regt an, die Frage auf dem nächsten Parteitags zur Entscheidung zu bringen.

Sachsen, 24. Mai. Dieser Tage wurde in Antrofenheit des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, des Regierungspräsidenten von Arnberg, der Kreis- und Gemeindefürsorge, Kreis- und Kreisgerichte und einer großen Anzahl sonstiger Personen der Grundstein zu Hellerfelden gelegt. Der Kreis Hellerfelden hat für die Volkseinkaufsliste 300 000 M. bewilligt und von verschiedenen Privatpersonen sind 140 000 M. geschenkt.

Wien, 24. Mai. Ein Bergarbeiterstreik ist in den Kohlenrevieren von Leuznitz, Trebnitz und Troskau ausgebrochen. Die streikenden Arbeiter der Grube „Boß“ nahmen die Arbeit wieder auf, da das Directorium eine Prüfung der Forderungen (Wohnverhöhung, Accorarbeitseinstellung) zuzusicherte.

Stettin, 24. Mai. (Telegramm.) Infolge des lang andauernden Stimmereizes haben die Baumannschneider über alle Bauten die Sperrung verhängt. 500 Arbeiter sind durch Arbeitlos.

Wien, 24. Mai. Der Kaiser hat das ihm angebotene Statuettchen abgelehnt, jedoch bleibt es bei seiner Theilnahme an der Enthüllung des Kaiser-Friedrich-Denkmalts am 18. October, an der auch die Kaiserin Friedrich theilnimmt. — In dem Maurerkonflikte nehmen über 400 Arbeiter Theil; überall ruht die Arbeit. Besondere heftig haben Ausschläge verurtheilt, mit Gewalt einige Weiterarbeitende zur Rückkehrung der Arbeit zu zwingen und am Bahnhofsplatze mehrere Arbeiter von der Aufnahme der Arbeit abzuhalten. Die Polizei schritt dagegen ein. Die Ausschläge beziehen von einem Theile der Nachbarschaft Geld, ebenso aus Berlin. Die Arbeitgeber erklärten die von den Arbeitern gestellten Bedingungen für unannehmbar.

Berlin, 24. Mai. Die sozialdemokratische Fraction im Reichstag hat den Antrag gestellt, die Ständekammer möge die Regierung ersuchen, durch ihren Vertreter im Bundesrat für das vom Reichstage angenommene „Reichsvereinsgesetz“ zu wirken.

**Oesterreich-Ungarn.**

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

Wien, 24. Mai. (Abend.) Deutsch-nationale Studenten verhielten sich trotz des politischen Verbotes, eine Demonstration gegen die Sprachenverordnung abzuhalten. Von der Polizei darauf geschrien, zogen die Studenten lösend vor das Parlamentsgelände. Die Polizei verwehrte ihnen das Eintrigen, worauf sie vor die Universitätsstrasse zogen und eine Stunde lang spielten und schrien. Später zogen die Demonstranten ruhig auseinander.

gelübt, möglich die Liberalen der Parlamentssitzungen fern zu halten. In die dies indessen unmöglich. Alle Parteien müßten an der Verantwortlichkeit für die Entscheidung der Regierung theilnehmen. Die Liberalen im Namen der konservativen Richtung an, keine Partei werde den parlamentarischen Verfahren so lange fern bleiben, bis den Liberalen eine Bewusstseinsänderung in der Reichstagskammer und der Reichstagspräsidenten herbeigeführt werden. Die Liberalen müßten einen mäßigen Einbruch in die Reichstagskammer herbeiführen, was man erwarten darf. Die Sitzung der Reichstagskammer fand eine Sitzung der conservativen Richtung statt, in welcher beschlossen wurde, den Reichstagspräsidenten die Reichstagskammer aufzufordern, die Sitzungsarbeiten zu thun, um die Verantwortlichkeit der Liberalen an den parlamentarischen Verfahren zu befestigen. Man glaubt indessen nicht, daß dieser Schritt Erfolg haben werde.

**Asien.**

Siam und die Mächte. Bangkok, 24. Mai. (Nachricht des „Kaiserlichen Bureau“.) Die in europäischen Mächten enthaltenen Berichte über die Schwermächte zwischen den Mächten und Siam enthalten die Begründung, die Beziehungen Siams zu Deutschland und Amerika sind durchaus freundschaftlich.

**Afrika.**

Kuruzen in Algerien; Madagaskar; vom Niger; Transvaal-Konflikt. Tunis, 24. Mai. In verschiedenen Orten des Departements sind heute Ausschreitungen gegen die Juden vorgekommen. Sieben Juden wurden ausgebeutet.

Paris, 25. Mai. (Telegramm.) Die Gruppe der Regierungspolitiker beantragt Herrn Demant, den Depuirten nach, um den Ministerpräsidenten betreffend der unter den Rajas in Algerien herrschenden und durch die jüngsten türkischen Siege hervorgerufenen Erregungen zu konferiren.

Paris, 24. Mai. Eine Note des Ministeriums des Auswärtigen bezieht sich auf die englischen Unterthanen in Madagaskar, welche unter französische Gerichtsbarkeit gestellt werden.

London, 24. Mai. (Oberhaus.) Lord Salisbury erklärte, die Regierung erkenne die vielen Schwierigkeiten, betreffend die gegenseitige Bindung der Niger-Gesellschaft in Folge der Bindung mit benachbarten Mächten, an deren Gebiete nicht genügend scharf abgegrenzt seien. Ein unmittelbarer Einfluß der Regierung ist ermahnt. Der Gegenstand werde sorgsam verfolgt, aber er (Salisbury) könne nicht sagen, welches Verfahren die Regierung beschließen werde.

Victoria, 23. Mai. (Meldung der „Agence Havas“.) Der Präsident erschien im Parlament und erklärte, die Reichstagskammer zu Ehren des Geburtstages der Königin Victoria zu vertragen. Der Reichstag leitete eine Erörterung folgen. — Die Staatseinnahmen Transvaals im Jahre 1896 weisen einen Mehrertrag von 1 300 000 Pfund gegenüber 1895 auf.

**Tibet.**

London, 24. Mai. „Daily Chronicle“ meldet aus Washington, man glaube, der Gongkong der Hawaii-Inseln, den Reichsminister-Beirat anzugehen. Die Insel werde Großbritanniens übergeben werden, um einem Angriff der Japaner zu entgehen. Eine hawaiische Deputation zum Jubiläum der Königin Victoria werde, wie verstanden, entsprechende Verhandlungen einleiten.

**Marine.**

Berlin, 24. Mai. Laut telegraphischer Meldung an das Ober-Commando der Marine ist der feldpostfähige Dampfer „Stuttgart“ des Norddeutschen Lloyd mit den ausgetretenen Reservisten für G. M. S. „Halle“ und „Duisburg“ durch Lieutenant v. Wolle, am 23. Mai in Port Said eingetroffen und an demselben Tage nach Athen in See gegangen.

**Preussischer Landtag.**

Abgeordnetenhaus. Berlin, 24. Mai. Das Abgeordnetenhaus erledigte gestern die Secundärbekanntmachung der Bestimmungen über die Reichsbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten Monat reichere Mittel für die Reichsbahn zu verwenden und zur Herabsetzung von Reichsbahnbeiträgen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem er bei der Regierung und den Parteien eine wohlwollende Aufnahme gefunden, die Budgetcommission übergeben. An die Agrarcommission ging dann der letzte Entwurf der Tagesordnung, der Antrag v. Scharf und Antrag des Reichsbahnbeiträgen, nachdem der Landwirtschaftsminister sich im Abgeordnetenhaus geäußert hatte.

Die zweite Sitzung wurde durch den Antrag v. Scharf, die Reichsbahnbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten Monat reichere Mittel für die Reichsbahn zu verwenden und zur Herabsetzung von Reichsbahnbeiträgen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem er bei der Regierung und den Parteien eine wohlwollende Aufnahme gefunden, die Budgetcommission übergeben. An die Agrarcommission ging dann der letzte Entwurf der Tagesordnung, der Antrag v. Scharf und Antrag des Reichsbahnbeiträgen, nachdem der Landwirtschaftsminister sich im Abgeordnetenhaus geäußert hatte.

Die zweite Sitzung wurde durch den Antrag v. Scharf, die Reichsbahnbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten Monat reichere Mittel für die Reichsbahn zu verwenden und zur Herabsetzung von Reichsbahnbeiträgen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem er bei der Regierung und den Parteien eine wohlwollende Aufnahme gefunden, die Budgetcommission übergeben. An die Agrarcommission ging dann der letzte Entwurf der Tagesordnung, der Antrag v. Scharf und Antrag des Reichsbahnbeiträgen, nachdem der Landwirtschaftsminister sich im Abgeordnetenhaus geäußert hatte.

Die zweite Sitzung wurde durch den Antrag v. Scharf, die Reichsbahnbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten Monat reichere Mittel für die Reichsbahn zu verwenden und zur Herabsetzung von Reichsbahnbeiträgen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem er bei der Regierung und den Parteien eine wohlwollende Aufnahme gefunden, die Budgetcommission übergeben. An die Agrarcommission ging dann der letzte Entwurf der Tagesordnung, der Antrag v. Scharf und Antrag des Reichsbahnbeiträgen, nachdem der Landwirtschaftsminister sich im Abgeordnetenhaus geäußert hatte.

Die zweite Sitzung wurde durch den Antrag v. Scharf, die Reichsbahnbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten Monat reichere Mittel für die Reichsbahn zu verwenden und zur Herabsetzung von Reichsbahnbeiträgen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem er bei der Regierung und den Parteien eine wohlwollende Aufnahme gefunden, die Budgetcommission übergeben. An die Agrarcommission ging dann der letzte Entwurf der Tagesordnung, der Antrag v. Scharf und Antrag des Reichsbahnbeiträgen, nachdem der Landwirtschaftsminister sich im Abgeordnetenhaus geäußert hatte.

Die zweite Sitzung wurde durch den Antrag v. Scharf, die Reichsbahnbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten Monat reichere Mittel für die Reichsbahn zu verwenden und zur Herabsetzung von Reichsbahnbeiträgen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem er bei der Regierung und den Parteien eine wohlwollende Aufnahme gefunden, die Budgetcommission übergeben. An die Agrarcommission ging dann der letzte Entwurf der Tagesordnung, der Antrag v. Scharf und Antrag des Reichsbahnbeiträgen, nachdem der Landwirtschaftsminister sich im Abgeordnetenhaus geäußert hatte.

Die zweite Sitzung wurde durch den Antrag v. Scharf, die Reichsbahnbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten Monat reichere Mittel für die Reichsbahn zu verwenden und zur Herabsetzung von Reichsbahnbeiträgen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem er bei der Regierung und den Parteien eine wohlwollende Aufnahme gefunden, die Budgetcommission übergeben. An die Agrarcommission ging dann der letzte Entwurf der Tagesordnung, der Antrag v. Scharf und Antrag des Reichsbahnbeiträgen, nachdem der Landwirtschaftsminister sich im Abgeordnetenhaus geäußert hatte.

Die zweite Sitzung wurde durch den Antrag v. Scharf, die Reichsbahnbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten Monat reichere Mittel für die Reichsbahn zu verwenden und zur Herabsetzung von Reichsbahnbeiträgen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem er bei der Regierung und den Parteien eine wohlwollende Aufnahme gefunden, die Budgetcommission übergeben. An die Agrarcommission ging dann der letzte Entwurf der Tagesordnung, der Antrag v. Scharf und Antrag des Reichsbahnbeiträgen, nachdem der Landwirtschaftsminister sich im Abgeordnetenhaus geäußert hatte.

Die zweite Sitzung wurde durch den Antrag v. Scharf, die Reichsbahnbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten Monat reichere Mittel für die Reichsbahn zu verwenden und zur Herabsetzung von Reichsbahnbeiträgen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem er bei der Regierung und den Parteien eine wohlwollende Aufnahme gefunden, die Budgetcommission übergeben. An die Agrarcommission ging dann der letzte Entwurf der Tagesordnung, der Antrag v. Scharf und Antrag des Reichsbahnbeiträgen, nachdem der Landwirtschaftsminister sich im Abgeordnetenhaus geäußert hatte.

Die zweite Sitzung wurde durch den Antrag v. Scharf, die Reichsbahnbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten Monat reichere Mittel für die Reichsbahn zu verwenden und zur Herabsetzung von Reichsbahnbeiträgen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem er bei der Regierung und den Parteien eine wohlwollende Aufnahme gefunden, die Budgetcommission übergeben. An die Agrarcommission ging dann der letzte Entwurf der Tagesordnung, der Antrag v. Scharf und Antrag des Reichsbahnbeiträgen, nachdem der Landwirtschaftsminister sich im Abgeordnetenhaus geäußert hatte.

Die zweite Sitzung wurde durch den Antrag v. Scharf, die Reichsbahnbeiträge an Reichsbahn und Reichsanstalten in bezug auf die zweite Sitzung, was beschlossen worden, daß die veranschlagte Ausgabe von 600 000 M. und von den Reichsbahnbeiträgen nur 100 000 M. als bei der landtagspolitischen Kammer für notwendig erklärt wird. Der Abgeordnete v. Scharf, welche Bestimmungen wieder zu prüfen. Bei der Eingelösung wurde dieser Antrag angenommen, laßt die Reichsbahn, zunächst bei dem Antrag inländische Material zu verwenden. Danach kam der Antrag v. Scharf zur Beratung, im nächsten